

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 3

Ausgegeben am 14. Oktober 1921

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Bismarck und Wilhelm II.

Von Heinrich Cunow

Der dritte Band der Bismarckschen »Gedanken und Erinnerungen«¹ ist kürzlich trotz des Einspruchs der Erben des früheren Reichskanzlers und des in Amerongen als Flüchtling lebenden letzten Hohenzollernkaisers im Cotta'schen Verlag erschienen. Schon seit einer Reihe von Jahren im Besitz des Manuskripts, faßte die Verlagsbuchhandlung gleich nach der Novemberrevolution des Jahres 1918 den Entschluß, den dritten Band alsbald herauszugeben, obgleich die Veröffentlichung nach Bismarcks Verfügung erst nach dem Tode Wilhelms II. erfolgen sollte. Mit diesem Vorhaben stieß der Verlag jedoch auf entschiedenen Widerspruch des Erkaisers und seiner Ratgeber. Wer den dritten Band liest, wird dieses Sträuben begreiflich finden; denn nicht nur erhebt Bismarck gegen den 1890 zur Regierung gelangenden jungen Kaiser die schwersten Anschuldigungen, sondern kennzeichnet ihn auch, besonders in dem der besonderen Charakteristik Wilhelms II. gewidmeten zehnten Kapitel seines Buches, in einer Weise, die geeignet ist, das ohnehin tief genug gesunkene Ansehen des abgesetzten Kaisers selbst in den Kreisen der preußisch-reaktionären Monarchisten auf den Nullpunkt zu reduzieren. Jedenfalls zerstört diese Schrift den Nimbus, mit dem eine dienstbeflissene Hofschriftographie Wilhelm II. zu umgeben und ihn als talentierten geistigen Erben Friedrichs II. hinzustellen wußte, weit gründlicher als die in den letzten Jahren erschienenen, in historischer Hinsicht meist wertlosen Schmähschriften; denn entfernt man von Bismarcks Charakterbild Wilhelms II. die dekorative Einhüllung in royalistische Ergebnheitsfloskeln, bleibt nichts übrig als ein zwar bis zu gewissem Grade talentierter, aber eifler, selbstgefälliger, dem Prunk ergebener, sich selbst maßlos überschätzender und doch ein innerliches Schwächegefühl nicht los werdender Monarch, der, persönlichen Stimmungen und Verstimmungen folgend, sich in seinem halbmythischen Machtgefühl immer wieder zu übereilten Ausprüchen und Handlungen hinreißen läßt: eine impulsive, popularitätsfüchtige Natur mit vielseitigen Anlagen, aber undiszipliniert und ohne eigentliche Selbstkritik.

Freilich darf man nicht alle Schilderungen Bismarcks als objektive Aufzeichnungen eines unbeflissenen Beobachters oder Historikers betrachten. Sind schon an und für sich Memoiren mit größter Vorsicht zu verwertende geschichtliche Konstruktionsmaterialien, da sie selbst im besten Falle die charakterisierten Personen nicht so darstellen, wie sie wirklich waren, sondern wie sie der Memoirenschreiber gemäß seiner eigenen Charakterbildung mit

¹ Otto Fürst v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Dritter Band. Stuttgart 1919, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. 207 Seiten Oktav. Preis gebunden 24 Mark.

seinen Augen sah, so kommt bei Bismarck noch hinzu, daß er sich durch den jungen Kaiser in seinen Anschauungen und Ansprüchen bitter getäuscht fühlte und seine Amtsentlassung als rohe Brüskierung empfand. Unter Wilhelm I. war er gewohnt geworden, stets seinen Willen durchzusetzen. Ohne tiefere Kenntnis des parlamentarischen Betriebes und des diplomatischen Dienstes, hatte dieser Monarch fast völlig das Regieren seinem Kanzler überlassen. Leiseste er, von seinen Verwandten beeinflusst, Widerstand, so rief Bismarck, wie er selbst erzählt (S. 62), das Ministerium zusammen, das sich, völlig abhängig vom Kanzler, dann stets geschlossen hinter ihn stellte. Ernsten Konflikten mit seinem Kanzler und dessen Ministerium abgeneigt, gab Wilhelm I. stets in den großen Fragen der äußeren und inneren Politik nach; nur in Fragen seines eigenen Prestiges oder in Familienangelegenheiten zeigte sich der alte Kaiser manchmal recht hartnäckig, und dann wußte Bismarck als guter Menschenkenner sehr wohl einzulenken. Warum sollte er »Sr. Majestät« nicht auch mal das Bewußtsein gönnen, seinen Willen durchgesetzt zu haben — in Dingen, die für die große Politik wenig in Betracht kamen.

Doch Wilhelm II. ließ sich eine derartige respektvolle Beiseiteschiebung nicht gefallen. Ruhm- und popularitätsbegierig, wollte er selbst regieren und in die Geschichtsbücher der Welt seinen Namen als würdiger Nachfolger des von ihm als Vorbild erkorenen großen Friedrich eingraben. Er wollte selbst sehen, sich selbst informieren und selbst entscheiden — nach dem Spruche *suprema lex regis voluntas!* In eine Stellung als bloßer Adlatus eines selbstregierenden Monarchen vermochte sich aber Bismarck — in Anbetracht seiner Machtposition unter Wilhelm I. nur allzu begreiflich — nicht zu finden. Ernste Konflikte zwischen Kaiser und Kanzler konnten deshalb nicht ausbleiben.

Vielleicht hätte eine dem Charakter des Prinzen Wilhelm angepasste, seine Selbstgefälligkeit und anmaßende Voreiligkeit dämpfende strenge Erziehung manche seiner später grell hervortretenden Fehler einigermaßen zu korrigieren vermocht; aber die dem Prinzen schon frühzeitig ein zur eifigen Selbstbespiegelung verführendes Monarchenbewußtsein einpaukende Erziehung durch den Philologen Hinzpeter war dazu wenig geeignet, und noch weniger vermochten die junkerlichen Gardeoffizierskreise, unter deren Einfluß der Prinz Wilhelm in Potsdam geriet, einen günstigen Einfluß auf ihn auszuüben. Besser wäre es gewesen, dem Prinzen einen der stetigen Aufsicht höherer Beamter unterstehenden Posten im Verwaltungsdienst zu übertragen und ihm fähige Beamte an die Seite zu stellen, deren Beispiel ihm hätte zeigen können, wie wenig seine Überhebung berechtigt war.

Bismarck kümmerte sich zunächst wenig um den Prinzen Wilhelm. Er rechnete mit dem damaligen Kronprinzen, dem späteren Kaiser Friedrich, als Nachfolger Wilhelms I. Als dann der Prinz Wilhelm in Potsdam allzu sehr in den Bann der höfischen Militärpartei geriet, hätte er ihn freilich gern nach Berlin oder in eine kleinere Provinzstadt als Verwalter eines Zivilpostens gehabt, stieß damit aber auf Widerstand des Hausministeriums und Wilhelms I., dem der Zivilberuf als eine Art Degradation galt. Um dennoch einen gewissen Einfluß auf den Prinzen zu erlangen, der inzwischen ein Alter von 27 Jahren erreicht hatte, setzte Bismarck beim alten Kaiser die Erlaubnis durch, dem Prinzen die Akten und Geschäfte des Auswärt-

tigen Amtes zugänglich zu machen. Ein durchaus verfehlter Schritt, denn durch die Gewährung eines nur flüchtigen Blickes hinter die Kulissen der auswärtigen Politik konnte die Neigung des Prinzen zu phantastischen Kombinationen und zur Überhebung lediglich gefördert werden; aber obwohl Bismarck das recht wohl erkannte, überwog doch bei ihm das Bestreben, den Prinzen in eine gewisse geistige Abhängigkeit von seiner Außenpolitik zu bringen.

Andererseits der damalige Kronprinz. Er verlangte, daß sein Sohn zunächst »in die Fragen der höheren Verwaltung« eingeführt wurde, und schrieb am 28. September 1886 aus Portofino (bei Genua) einen Brief an Bismarck, in dem er sich bitter darüber beschwerte, daß ohne sein Einverständnis mit dem Prinzen Wilhelm derartige Bildungsexperimente vorgenommen würden. In dem Briefe, der beweist, wie richtig der Vater seinen Sohn beurteilte, heißt es (S. 2):

Denn angesichts der Wichtigkeit der dem Prinzen zu stellenden Aufgabe halte ich es für geboten, daß er vor allen Dingen die inneren Verhältnisse seines eigenen Landes kennenlerne und dann sich mit denselben vertraut fühle, ehe er bei seinem ohnehin schon sehr raschen und zur Überhebung neigenden Urteile sich auch nur einigermaßen mit der Politik befaßt. Sein wirkliches Wissen ist noch lückenhaft, es fehlt ihm zurzeit an der gehörigen Grundlage, weshalb es durchaus erforderlich ist, daß seine Kenntnisse gehoben und vervollständigt werden. Einen solchen Zweck würde die Zuteilung eines Zivilinformators und damit verbunden oder auch später die Beschäftigung auf einem der Verwaltungsministerien erfüllen.

Aber angesichts der mangelnden Reife sowie der Unerfahrenheit meines ältesten Sohnes, verbunden mit seinem Hang zur Überhebung wie zur Überschätzung, muß ich es geradezu für gefährlich bezeichnen, ihn jetzt schon mit auswärtigen Fragen in Berührung zu bringen.

Bismarck wollte jedoch seinen Einfluß auf den Prinzen Wilhelm nicht verlieren. Er erklärte kurzweg, der Kaiser hätte den Prinzen zum Auswärtigen Amt »kommandiert«, und die Autorität des Monarchen ginge nun mal der väterlichen Autorität vor.

Die Beziehungen des Prinzen zu dem Bismarck unterstellten Auswärtigen Amt blieben also bestehen. Zwar erhielt der Prinz später in dem Regierungsrat und Reserveoffizier v. Brandenstein einen Mentor gestellt, der ihn in die Geheimnisse des inneren Verwaltungsdienstes einweihen sollte, diese Einweihung bestand aber in der Hauptsache darin, daß der Prinz seinen Mentor zu seinen Mahlzeiten und zu den kleinen Offiziersfesten hinzuzog. Überdies scheint die Geschäftseinführung nur ein halbes Jahr gedauert zu haben.

Im Januar 1888 wurde Prinz Wilhelm zum Generalmajor und Kommandeur der ersten Gardeinfanteriebrigade in Berlin ernannt. Er trat dort Bismarck näher — und geriet, wie das infolge ihrer verschiedenartigen Lebensanschauungen und Charaktergegensätze beider nicht anders sein konnte, bald mit ihm in Konflikte. Durch den Grafen Waldersee, den Hauptakteur der mit der evangelischen Orthodoxie verbundenen militärischen Kreuzzeitungsclique, fiel Prinz Wilhelm in die Reize der Stöckerianer beziehungsweise der Protektoren der Berliner Stadtmission. Bismarck verhehlte nicht seine Mißbilligung. Der Prinz suchte zunächst den Kanzler zu beschwichtigen, indem er die Vereinigung der evangelisch-orthodox-militaristischen Elemente als »d a s

wirkksamste Mittel zur nachhaltigen Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Anarchismus« pries. Bismarck, der sehr wohl die Hintermänner kannte, die hinter der christlichsozialen Bewegung Stöckers standen und bereits harte Kämpfe mit der Kreuzzeitungsgruppe auszufechten gehabt hatte, sah jedoch in dem Treiben der Walderseeclique nur das Bestreben bestimmter hochstehender Kreise, sich einen maßgebenden Einfluß auf den zukünftigen Thronfolger zu sichern und ihn für ihre Machtzwecke einzufangen. Zu dieser Ansicht hielt er sich um so mehr berechtigt, als ihm Prinz Wilhelm schon am 29. November 1887, also zu einer Zeit, wo der Großvater des Prinzen noch lebte (er starb am 9. März 1888) und die Krankheit seines Vaters immerhin noch die Möglichkeit einer Besserung zuließ, einen Brief mit sonderbaren Richtlinien für den Entwurf eines zukünftigen Thronerlasses an die deutschen Bundesfürsten zur Begutachtung eingesandt hatte — ein Brief, der den Prinzen als völlig befangen zeigte in der halbmythischen Gottesgnadentümelei des Walderseezirkels, heißt es doch darin (S. 13):

Das Kaisertum ist noch neu, der Wechsel in demselben der erste, welcher sich ereignet. Bei diesem geht die Macht von einem mächtigen, in der Geschichte des Aufbaues und der Gründung des Reiches hervorragend beteiligten Fürsten an einen jungen, ziemlich unbekanntem Herrn. Die Fürsten sind fast alle der Generation meines Vaters angehörig und ist es menschlich gedacht ihnen nicht übelzunehmen, wenn ihnen es zum Teil sauer ankommt, unter den neuen so jungen Herrn zu treten. Daher muß die von Gottes Gnaden herkommende Erbfolge als ein selbständiges fait accompli den Fürsten gegenüber betont werden, und zwar so, daß sie keine Zeit haben, viel darüber zu grübeln. Daher ist mein Gedanke und der Wunsch dahin lautend, daß, nach Durchsicht seitens Ew. Durchlaucht und eventueller Amendierung, an jeder Gesandtschaft diese Proklamation versiegelt deponiert und im Falle meines Regierungsantritts sogleich durch die Gesandten den betreffenden Fürsten übergeben werde.

Bismarck antwortete in einem längeren Brief, in dem er den Prinzen warnte, sich in den Dienst einer bestimmten Partei zu stellen, und bezüglich der Kreuzzeitungsgruppe bemerkte: »Ich habe seit zwanzig Jahren zu viel unter der Giftmischerei der Herren von der Kreuzzeitung und den evangelischen Windthorstern gelitten, um in Kürze von ihnen reden zu können.«

Der Prinz gab nach, kündigte aber in einem Schreiben vom 14. Januar 1888 an, daß er, wenn er demnächst als Kaiser zu befehlen haben werde, jene, die seine Absichten zu verdächtigen wagen würden, nicht schonen würde. Richtig fügt Bismarck dem drohenden Schreiben des Prinzen hinzu (S. 24): »In dem Schlusse seiner Antwort lag schon, noch in prinziplicher Form, das, was später in der kaiserlichen Sendung ausgesprochen wurde: Wer mir widerstrebt, den zerschmettere ich.«

Vorläufig schien der Konflikt beigelegt, ließ aber auf seiten des Prinzen eine verletzte Empfindlichkeit, auf seiten Bismarcks ein starkes Mißtrauen zurück.

Am 15. Juni 1888 sah endlich der Prinz Wilhelm seinen höchsten Wunsch erfüllt; er wurde Kaiser und erhielt damit die heißersehnte Gelegenheit, seine große Befähigung als selbstregierender Monarch vor aller Welt zu zeigen. Zunächst überschüttete er seinen »lieben Fürsten« mit allerlei Anerkennungs- und Verehrungsbeweisen; doch bald schon stellten sich auf beiden Seiten wieder Verstimmungen ein. Sie entsprangen der Stellungnahme des Kai-

fers zu Rußland und England. Es ist ungerecht, zu behaupten, Wilhelm II. hätte nie einen tieferen Einblick in die politischen Zusammenhänge der europäischen Staaten besessen. Manche seiner brieflichen Äußerungen beweisen das Gegenteil; aber er war zu impulsiv, ließ sich zu sehr von persönlichen Augenblicksstimmungen beherrschen und glaubte, tiefe, im Wirtschaftsleben der Völker begründete politische Spannungen durch persönliche Fühlungnahme mit seinen »Herren-Vertern« und durch kleine Liebenswürdigkeiten überbrücken zu können. Vor allem meinte er, Alexander III. durch Freundschaftsbeweise und familiäre Besuche für seine Politik gewinnen zu können. Bismarck sah sich dadurch mehrfach in seiner Auslandspolitik gestört. Die Mittel, die Bismarck zur Belehrung anwandte, waren freilich oft sehr drastischer Natur. So las er zum Beispiel, als 1889 Wilhelm II. die dem Zaren versprochene Reise nach Rußland zu unternehmen gedachte, dem Kaiser aus einem Londoner Bericht des Grafen Hafffeldt allerlei spöttische Bemerkungen vor, die Alexander III. in Peterhof über seinen lieben preußischen Vetter gemacht hatte. Tief in seiner Eitelkeit verletzt, nahm der Kaiser Bismarck das betreffende Schriftstück aus der Hand und las es. Eine bittere Medizin!

Weit mehr noch trug zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Kaiser und Kanzler ihre verschiedene Stellung zur Arbeiterfrage und Bismarcks starres Festhalten an der Forderung bei, über Staatsreformen allein dem Kaiser Vortrag halten zu dürfen und von jeder prinzipiellen Anregung, die ein Minister dem Monarchen zu geben gedenke, vorher genau Mitteilung zu erhalten, um eventuell seine Gegenmaßnahmen treffen oder in gemeinschaftlichem Vortrag vor dem Kaiser seine abweichende Meinung zur Geltung bringen zu können. Wilhelm II., der die preußische Landgemeinde-reform und einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung für nötig hielt, hatte sich nämlich von den Ministern Herrfurth, v. Boetticher und v. Berlepsch verschiedentlich Vorträge über einige diese Gebiete betreffende Themen halten lassen und die genannten Minister zur Entwerfung von Vorschlägen ermuntert. Darauf verfügte Bismarck unter Bezugnahme auf eine alte Order vom 8. September 1852, daß künftig kein Minister ohne sein Wissen und seine Zustimmung dem Monarchen Vorschläge oder neue Anregungen unterbreiten solle. Wilhelm II. fühlte sich durch dieses Verbot in seinen königlichen Vorrechten beschränkt und forderte Aufhebung der alten Order. Bismarck widersetzte sich hartnäckig und wußte es tatsächlich durchzusetzen, daß die Order bestehen blieb.

Zu noch schärferen Zusammenstößen zwischen beiden führte die verschiedene Auffassung der Arbeiterfrage. Wilhelm II., der in der sozialdemokratischen Bewegung nicht eine auf einer bestimmten Weltanschauung beruhende Klassenbewegung, sondern eine aus der Unzufriedenheit der Industriearbeiterschaft hervorgegangene »vorübergehende Erscheinung« sah, glaubte, unterstützt vom König von Sachsen und dem Großherzog von Baden, durch eine Reform der Arbeits- und Lohnverhältnisse die Arbeiter zu befriedigen und sich den Ruhm eines Volkskaisers erwerben zu können. Bismarck war hingegen seit der Durchsetzung des Sozialistengesetzes, wie er selbst sagt, immer mehr zu der Überzeugung gekommen: »G e g e n D e m o k r a t e n h e l f e n n u r S o l d a t e n.« Er hielt jede Beschränkung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit für eine verwerfliche Schwächung der Industrie. Sein Plan

war, das Sozialistengesetz durch drakonische Unterdrückungsbestimmungen zu verschärfen, die sozialistische Arbeiterschaft zu Aufständen zu reizen und dann die ganze Bewegung in Blut zu erstickten. Wörtlich heißt es in dem vorliegenden dritten Band der »Erinnerungen« bezüglich der damaligen Behandlung des Sozialistengesetzes in der Reichstagskommission (S. 57):

Wie ich seit Jahrzehnten gegen die Neigung von Kommissarien und Ministern, die Regierungsvorlagen im Laufe von Kommissionsverhandlungen und unter Kuffeneinflüssen der Fraktionsführer zu ändern und abzuschwächen, gekämpft hatte, so erklärte ich auch in diesem Falle, daß die verbündeten Regierungen sich die Zukunft erschweren würden, wenn sie schon jetzt die Flagge streichen und ihre eigene Vorlage verstümmeln wollten. Täten sie das, so würde den im neuen Reichstag nötig werdenden verschärften Vorlagen die Soeben von Boetticher befürwortete nur wenige Wochen alte Erklärung der Regierungen entgegenstehen, daß sie auch ohne den Ausweisungsparagraphen auskommen könnten. Ich verlangte daher, daß der Beschluß des Plenums abgewartet werde; wenn derselbe ein unzulängliches Gesetz ergebe, so sei es geboten, auch dieses anzunehmen; träte aber jetzt durch Ablehnung ein Vakuum ein, so müsse, wenn nicht aufgelöst werden sollte, der schließlich zu gewärtigende Anlaß zu ernsterem Eingreifen abgewartet werden. Wir würden so wie so dem nächsten Reichstag ein schärferes Gesetz vorlegen müssen. Der Kaiser protestierte gegen das Experiment mit dem Vakuum: er dürfe es im Anfang seiner Regierung keinesfalls zu einer Situation kommen lassen, in der Blut fließen könnte; das würde ihm nie verziehen werden. Ich entgegnete, ob es zu Aufruhr und Blutvergießen käme, hinge nicht von Sr. Majestät und unseren Gesetzesplänen ab, sondern von den Revolutionären, und ohne Blut würde es schwerlich abgehen, wenn wir nicht mehr, als ohne Gefahr zulässig, nachgeben und irgendwo standhalten wollten.

Ferner heißt es S. 77:

In dem Glauben, die Zustimmung des Kaisers zu meinem Programm zu besitzen und bis etwa zum Juni in meinen Ämtern zu bleiben, erklärte ich in der Minister-sitzung vom 2. März (1890), Sr. Majestät sei entschlossen, die Situation zu akzeptieren und zu fechten. Das Ministerium würde eventuell dazu rekonstruiert werden müssen, ich würde seinerzeit mein Portefeuille zur Verfügung stellen und nach Sr. Majestät letzten Äußerungen dann den Auftrag erhalten, ein homogenes, zum Kampfe gegen die soziale Revolution bereites Ministerium zu bilden.

Bismarck suchte daher auf jede Weise die Reformpläne Wilhelms II. zu hintertreiben. Als ihm das nicht gelang, verlangte er, in der Hoffnung, dadurch Gegenminnen zu gewinnen, die Einberufung des Staatsrats und einer internationalen Arbeiterschulkonferenz, verstand sich dann aber, als auch deren Beratungen nicht die gewünschten Hinderungsgründe lieferten, doch dazu, die vom Kaiser geforderten beiden bekannten Februarerlasse des Jahres 1890 zu liefern. Bei der Ablieferung beider Schriftstücke rief er freilich nochmals dringend dem Kaiser, sie kurzweg in das brennende Kaminfeuer zu werfen. Der Kaiser nahm ihm, wie Bismarck selbst erzählt, kurzweg mit den Worten: »Nein, nein, geben Sie her!« die Erlasse aus der Hand — und unterzeichnete sie.

Bereits wenige Tage später, am 8. Februar, sagte Bismarck am Schlusse seines Vortrags: »Ich fürchte, daß ich Ew. Majestät im Wege bin.« Wilhelm II. schwieg, bejahte also die Frage. Dennoch ging Bismarck nicht, son-

dem wartete, bis ihm am 20. März Hahnke und Lucanus in zwei blauen Briefen den Abschied brachten.

Wie tief Bismarck sich durch diese Entfernung aus seiner Machtstellung verletzt fühlte und welcher Groll sich in ihm gegen seinen »königlichen Herrn« anhäufte, zeigt das zehnte Kapitel seines Buches, in welchem er Wilhelms II. Selbstherrlichkeit, starke sexuelle Entwicklung, Empfänglichkeit für mystische Einflüsse, Popularitätssucht, Felonie usw. vorwirft. Etwas viel für einen »treuen Diener der Krone«, wie er sich selbst genannt hat. Doch wird das jemand, der die Geschichte des preussischen Junkertums kennt, nicht befremden: die Herren waren stets nur insoweit Monarchisten, als sie vom Monarchismus eine Förderung ihrer Macht und ihres Ansehens im Staat erwarteten.

Englische Briefe über die Schuld am Kriege

Von Hermann Luß

Von Beginn des großen Krieges an hat es eine Anzahl hervorragender Engländer gegeben, die der landläufigen These von Deutschlands alleiniger Verantwortung in Wort und Schrift entgegentraten. An erster Stelle stand, und steht noch heute, E. D. Morel. Seine Vergangenheit befähigte ihn ganz besonders dazu; denn der siegreiche Kampf, den er viele Jahre lang mit bewundernswerter Ausdauer und größten Opfern gegen den vampirhaften König Leopold II. von Belgien um die Einstellung der Kongogreuel führte, hatte ihm einen Einblick in die Kloaken der Geheimdiplomatie verschafft, wie er nur höchst selten einem Manne außerhalb des Ringes zuteil wird. Und schon die Marokkokrise von 1911 gab ihm Gelegenheit, seine Erfahrungen mit der hohen Politik in dem Buche »Marokko in der Diplomatie« (1912) zu verwerfen. Morel kam nach gewissenhafter Untersuchung allen erreichbaren Materials zu der Überzeugung, daß die Herausforderungen in den Jahren 1905 und 1911 von Frankreich-England ausgegangen waren und »daß das britische Volk bezüglich der von Deutschland in der Marokkofrage gespielten Rolle von Anfang bis zum Ende systematisch irreführt und falsch unterrichtet wurde«. Er veröffentlichte sein Werk in dem sehnlichen Wunsche, einen verständnisvollen Ausgleich zwischen England und Deutschland herbeiführen zu helfen, und in dem Bewußtsein, daß »kein größeres Unglück als ein Krieg die beiden Völker befallen könnte«.

Das Buch war, wie mir Herr Morel schrieb, »ein leidenschaftlicher Protest gegen die Sünden und Irrtümer einer Diplomatie, die wesentlich zur Förderung des Krieges beitrug«. Es wurde im März 1915 von der »National Labour Press« (London) unter dem abgeänderten Titel »Ten Years of Secret Diplomacy. An Unheeded Warning« (»Zehn Jahre Geheimdiplomatie. Eine unbeachtete Warnung«, 3½ Schilling), neu herausgegeben (seitdem sechs Auflagen!), und Ramsay MacDonald stellte sich in einem Vorwort dazu ganz aufseiten Morels. Sehr bemerkenswert ist, daß Jean Jaures ähnlich über Marokko dachte; im Juli 1914 erklärte er auf einer Versammlung in Vaise: »Als wir sagten, daß mit Waffengewalt in Marokko einzudringen eine Zeit des Ehrgeizes, der Habgier und der Konflikte einleiten werde, wurden wir als schlechte Franzosen gebrandmarkt. . . . Dort